

Niederschrift

über die Sitzung des Stadtrates - öffentlich -

Datum: 24.01.2018

Ort: Stadtverordnetensaal des Rathauses, Markt 1, 09111 Chemnitz

Zeit: 15:00 Uhr - 18:18 Uhr

Vorsitz: Frau Oberbürgermeisterin Barbara Ludwig

Beschlussfähigkeit

Soll:	61	Stadträtinnen/Stadträte und Oberbürgermeisterin
Ist:	48	Stadträtinnen/Stadträte und Oberbürgermeisterin

Anwesenheit

Entschuldigt

Frau Steffi Barthold	SPD-Fraktion	privat
Herr Bernhard Herrmann	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	dienstlich
Herr Jörg Hopperdietzel	Fraktion DIE LINKE	dienstlich
Herr Dr. Roland Katzer	Fraktion AfD	dienstlich
Frau Katrin Köhler	fraktionslos	privat
Frau Meike Roden	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	
Herr Prof. Andreas Schmalfuß	fraktionslos	privat
Herr Falk Ulbrich	Fraktionsgemeinschaft CDU/FDP	dienstlich
Frau Dagmar Weidauer	Fraktion DIE LINKE	sonstiges

Verspätetes Erscheinen

Herr Tino Fritzsche	Fraktionsgemeinschaft CDU/FDP	15:33 Uhr, TOP 7.2; sonstiges
Herr Martin Kohlmann	Ratsfraktion PRO CHEMNITZ	15:06 Uhr; TOP 2; dienstlich
Herr Michael Wirth	SPD-Fraktion	16:14 Uhr; TOP 8.10; dienstlich
Herr Joachim Ziems	Ratsfraktion PRO CHEMNITZ	15:12 Uhr; TOP 5; dienstlich

Vorzeitiges Verlassen

Herr René Deschner	Fraktionsgemeinschaft CDU/FDP	17:54 Uhr; TOP 10.4; sonstiges
Herr Alexander Dierks	Fraktionsgemeinschaft CDU/FDP	17:29 Uhr; TOP 10.4; dienstlich
Frau Solveig Kempe	Fraktionsgemeinschaft CDU/FDP	18:00 Uhr; TOP 10.4; sonstiges
Herr Dr. Eberhard Langer	Fraktion DIE LINKE	17:20 Uhr; TOP 10.3; dienstlich
Herr Jürgen Leistner	Fraktionsgemeinschaft CDU/FDP	18:00 Uhr; TOP 10.4; dienstlich
Herr Karl-Friedrich Zais	Fraktion DIE LINKE	17:05 Uhr; TOP 10.2; privat
Frau Petra Zais	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	17:05 Uhr; TOP 10.2; privat

Herr Stadtrat Sänger (Fraktion AfD) stimmt als Einreicher des Beschlussantrages diesem Verweis zu.

Abstimmung über den Verweis des Beschlussantrages

**Abstimmungsergebnis: einstimmig bestätigt
(46 Ja-Stimmen, 1 Stimmenthaltung)**

- 3 Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift der Sitzung des Stadtrates - öffentlich - vom 06.12.2017
-

Es liegt keine Einwendung zur Niederschrift vor. Die Niederschrift gilt somit als genehmigt.

- 4 Bekanntgabe der Beschlüsse aus der Sitzung des Stadtrates - nichtöffentlich - vom 06.12.2017
-

Der Stadtrat wählte mit Beschluss B-256/2017 Herrn Dr. Frédéric Bußmann als Generaldirektor der Kunstsammlungen Chemnitz zum 01.05.2018.

Mit Beschluss B-255/2017 beschloss der Stadtrat die außertarifliche Weiterbeschäftigung von Frau Dr. Ingrid Mössinger als Generaldirektorin der Kunstsammlungen Chemnitz vom 01.01.2018 – 30.04.2018.

- 5 Informationen der Oberbürgermeisterin
-

Frau Oberbürgermeisterin Ludwig informiert über das Folgende:

Auswirkungen des Sturmtiefs Friederike

Das Sturmtief Friederike sorgte auch in Chemnitz am vergangenen Donnerstag zum Teil für einen Ausnahmezustand. In Chemnitz wurden die Feuerwehren im Dauereinsatz zu 200 Einsätzen gerufen. Personen kamen keine zu Schaden. Häufig wurden Fahrzeuge von umgestürzten Bäumen beschädigt und Straßen sowie Bahngleise durch Bäume blockiert. Durch den Sturm wurden auch an mehreren Gebäuden Dächer beschädigt. Die Höhe der jeweiligen Schäden werde derzeit analysiert. Die Oberbürgermeisterin dankt ausdrücklich auch im Namen der Fraktionen den Kammeraden der Freiwilligen Feuerwehr, der Berufsfeuerwehr und allen Helfern, die bei den Einsätzen unterstützt haben.

aktuelle Zahlen zum Asyl

Der Freistaat hat zum 02.01.2018 in Chemnitz 330 Asylbewerber an drei Standorten der Erstaufnahme untergebracht. Insgesamt befanden sich zu diesem Zeitpunkt in Sachsen 1.660 Asylbewerber in der Erstaufnahme. In Chemnitz lebten mit Stand 31.12.2017 knapp 6.000 Personen, die im weitesten Sinne einen asylbezogenen Zuwanderungshintergrund besitzen.

Darunter sind:

5.252 Personen, die ein Asylverfahren durchlaufen oder deren Asylverfahren bereits beendet ist, davon:

993 Asylbewerber, 2.400 Flüchtlinge unter internationalem Schutzstatus, 812 Flüchtlinge unter subsidiärem Schutz, 415 Flüchtlinge mit Abschiebeverbot und 597 abgelehnte Asylbewerber

564 Personen, die kein eigenes Asylverfahren durchlaufen, davon insbesondere Personen auf Grund von Familiennachzug

sowie 137 unbegleitete minderjährige Ausländer.

Nach wie vor sind die häufigsten Nationalitäten Syrien (ca. 41 Prozent), Afghanistan (ca. 17 Prozent) und Irak (ca. 8 Prozent).

Auftakt 875 Jahre Chemnitz

Mit der Veranstaltung „Chemnitz singt“ wurde auf das Jubiläumsjahr 875 Jahre Chemnitz eingestimmt. Fast 1.500 Sängerinnen und Sänger aus Chemnitz und den Partnerstädten sowie die Robert-Schumann-Philharmonie Chemnitz haben gemeinsam musiziert. Neben den Ehrengästen, wie der Oberbürgermeisterin aus Ústí nad Labem, Věra Nechybová waren auch 400 Ehrenamtler eingeladen. Es wird in diesem Jahr noch viele weitere Angebote geben, 77 Projekte und 130 Veranstaltungen werden über das vom Stadtrat beschlossene Konzept und Budget gefördert. Eine aktuelle Übersicht gibt es auf der Internetseite www.875-jahre-chemnitz.de.

geplante Förderung von Schülerfahrten

Die Oberbürgermeisterin hat entschieden, ein freiwilliges Angebot in Chemnitz zu schaffen, um allen Schülern eine Fahrt zu einer KZ-Gedenkstätte zu ermöglichen. Sie hofft, dass somit Geschichtsunterricht anschaulich gemacht werden könne. Sie erklärt, dass die Stadt Chemnitz als Schulträger für Lehr- und Unterrichtsmittel und für die GTA als freiwillige Leistung Mittel zur Verfügung stellen könne, eine Deckungsquelle dafür vorhanden sei und diese Leistung im Rahmen der Zuständigkeit der Oberbürgermeisterin liege. Für die Schulen der Freien Träger könne diese Entscheidung nicht durch die Oberbürgermeisterin getroffen werden. Da sie es aber für wichtig halte, dass den Schulen das gleiche Angebot unterbreitet werden könne, wird eine entsprechende Förderrichtlinie erarbeitet, welche voraussichtlich im nächsten Schul- und Sportausschuss zur Entscheidung vorgelegt wird.

Stand zur Bewerbung als Kulturhauptstadt Europas

Das Jahr 2018 sei für das Bewerbungskonzept ein ganz entscheidendes. Die Leitidee wird in den kommenden Monaten entwickelt, um am Ende des Jahres das Konzept fasslich zu machen. Darüber hinaus laufen die ersten geförderten Projekte an. In den vergangenen Wochen wurde neben dem Kulturamtsleiter der dänischen Stadt Aarhus, Herr Christensen, auch Dr. Fuchs, derzeitiger Vorsitzender der EU-Jury begrüßt. Gerade der Kontakt mit solchen international erfahrenen Experten biete wichtige Einblicke und gibt Tipps rund um die Bewerbung.

6 Fraktionserklärungen aus aktuellem Anlass

Es werden keine Fraktionserklärungen abgegeben.

7 Petitionsvorlagen

7.1 Naherholung und Artenschutz statt Gewerbegebiet
Vorlage: P-005/2017 Einreicher: Herr M. aus Chemnitz

Die Petition wurde unter TOP 2 vertagt.

7.2 Runder Tisch zur Aufarbeitung der Misshandlung ehemaliger Heimkinder von
1949 - 1990
Vorlage: P-006/2017 Einreicher: Herr B. K. aus Bad Herrenalb

Zur Vorlage wurde ein Änderungsantrag der Fraktionsgemeinschaft CDU/FDP eingereicht, welcher nicht zulässig ist.

Frau Stadträtin Pester (Fraktion DIE LINKE) erklärt, dass ihre Fraktion natürlich der Meinung sei, dass die Geschehnisse in den DDR-Kinderheimen von 1949 – 1990 ordentlich aufgearbeitet werden müssen. Das Anliegen des Petenten, die Einführung eines Runden Tisches, sei aber der falsche Weg, da der geforderte Personenkreis der falsche Ansprechpartner zur Aufarbeitung der Misshandlungen schon allein deshalb sei, weil hier die wissenschaftliche Expertise fehlt. Zudem wurde bzw. wird seitens der Bundes- und Landesregierung hier schon viel getan, wozu sie Beispiele aufführt. Sie fragt auch, was das Ergebnis des Runden Tisches sein solle, wenn die Stadt nicht berechtigt sei, dem Petenten bei etwaigem Anspruch auf eine Auszahlung aus dem Fond des Bundes, diese Auszahlung zu gewähren. Die Stadt könne maximal die Anträge entgegen nehmen, weiterleiten und entsprechende Recherchen über die jeweilige Person im Archiv vornehmen. Das wurde aber bereits im Rahmen der Möglichkeiten getan. Aus diesen Gründen werde ihre Fraktion der Petition nicht abhelfen. Sie weist abschließend den Petenten noch einmal auf das Jugendamt hin, welches schon mehrfach Unterstützung in seinem Fall zugesagt habe.

Frau Stadträtin Saborowski (Fraktionsgemeinschaft CDU/FDP) erklärt, dass mit dem von ihrer Fraktion eingereichten Änderungsantrag ein möglicher Weg aufgezeigt werden solle. Da dieser offensichtlich nach rechtlicher Prüfung nicht zulässig sei, werde ihre Fraktion dafür stimmen, dass der Petition abgeholfen werden kann.

Frau Stadträtin Furtenbacher (Fraktion Bündnis 90/Die Grünen) sagt, dass ihre Fraktion den Änderungsantrag unterstützt hätte. Sie meint, dass der „Lern- und Gedenkort Kaßberg-Gefängnis e. V.“ mit seiner Expertise und mit seinem Netzwerk möglicherweise dennoch die Anregung aufgreift, was die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN unterstützen würde. Sie sieht, dass die Stadt auch in gewisser Weise in Verantwortung sei, sich diesem Thema mit anzunehmen und sie findet es eine ganz wichtige Voraussetzung dafür, dass die Betroffenen auch auf unkompliziertem Wege Zugang zu den Akten erhalten. Sie sichert zu, dass ihre Fraktion sich bei dem Thema einbringt.

Herr Stadtrat Müller (SPD-Fraktion) führt aus, dass sich auch seine Fraktion das Thema als wichtig ansehe, nur sei eben die Petition an den Stadtrat nicht der richtige Weg, da dieser nicht zuständig sei. Der Bund habe den Fond aufgelegt und der Freistaat Sachsen bearbeite das Thema und deshalb müsse man sich dort hin wenden. Auch begrüße seine Fraktion, wenn der Verein sich des Themas annimmt. Hierzu spricht er direkt Herrn Stadtrat Dierks, als Vorstandsmitglied des Vereins an.

Herr Stadtrat Kohlmann (Ratsfraktion PRO CHEMNITZ) sagt, dass es hier um ein grundsätzlich bedeutendes Thema handle und seine Fraktion in geeigneten Formen die Aufarbeitung unterstützen werde. Allerdings halte er einen Runden Tisch dafür ebenfalls für wenig sinnvoll. Abschließend fragt er, ob es sinnvoll sei, das Petitionsrecht der ganzen Welt einzuräumen oder ob dieses nicht auf Bürger der Stadt beschränkt sein sollte. Eventuell sollte darüber nachgedacht werden, die entsprechende Vorschrift dem anzupassen.

Herr Bürgermeister Runkel erklärt, dass ein Blick in die Sächsische Verfassung genügt, um festzustellen, dass das Petitionsrecht eben nicht nur den Chemnitzern zusteht.

Beschluss P-006/2017

Der Stadtrat beschließt die Einrichtung eines Runden Tisches mit dem Stadtrat der Stadt Chemnitz, der Oberbürgermeisterin und dem Petenten zur Aufarbeitung der Misshandlung ehemaliger Heimkinder von 1949 – 1990.

**Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt
(17 Ja-Stimmen, 30 Nein-Stimmen,
4 Stimmenthaltungen)**

8 Beschlussvorlagen

- 8.1 Ausscheiden der Stadträtin Frau Meike Roden aus dem Stadtrat der Stadt Chemnitz aus wichtigem Grund und Nachrücken einer Ersatzperson
Vorlage: B-035/2018 Einreicher: Oberbürgermeisterin/Amt 15
-

Zunächst erfolgt die Abstimmung über das Ausscheiden von Frau Roden aus dem Stadtrat.

**Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bestätigt
(50 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme)**

Frau Oberbürgermeisterin Ludwig verpflichtet Herrn Tannenhauer auf der Grundlage des § 35 Abs. 1 SächsGemO auf die gewissenhafte Erfüllung seiner Pflichten.

Beschluss B-035/2018

Der Stadtrat stimmt dem Ausscheiden von Frau Meike Roden aus dem Stadtrat der Stadt Chemnitz aus wichtigem Grund entsprechend § 18 Abs. 1 i. V. m. § 18 Abs. 2 SächsGemO zu.

**Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bestätigt
(50 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme)**

- 8.2 Änderung der Geschäftskreise der Bürgermeister der Stadtverwaltung Chemnitz
Vorlage: B-058/2018 Einreicher: Oberbürgermeisterin/Amt 15
-

Herr Stadtrat Kohlmann (Ratsfraktion PRO CHEMNITZ) meint, das passende Wort für diesen Sachverhalt sei Mobbing.

Frau Oberbürgermeisterin Ludwig erklärt ihr Einvernehmen.

Beschluss B-058/2018

Die Geschäftsbereiche der Dezernate 1, 3, 5 und 6 werden vom 25.01.2018 bis 30.09.2018 wie folgt festgelegt:

Dezernat 1: Personal, Finanzen und Organisation

10 Hauptamt

18 Amt für Informationsverarbeitung

20 Kämmerei

21 Kassen- und Steueramt

37 Feuerwehr

40 Schul- und Sportamt

Dezernat 3: Recht, Sicherheit und Umweltschutz

30 Rechtsamt

32 Ordnungsamt

33 Bürgeramt

36 Umweltamt

39 Lebensmittelüberwachungs-/Veterinäramt

48 Tierpark

Dezernat 5: Bildung, Jugend, Soziales, Kultur und Sport

41 Kulturbetrieb

49 Kunstsammlungen Chemnitz

50 Sozialamt

51 Amt für Jugend und Familie

53 Gesundheitsamt

Dezernat 6: Stadtentwicklung und Bau

17 Gebäudemanagement und Hochbau

23 Liegenschaftsamt

61 Stadtplanungsamt

62 Städtisches Vermessungsamt

63 Baugenehmigungsamt

66 Tiefbauamt

67 Grünflächenamt

**Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bestätigt
(47 Ja-Stimmen, 3 Nein-Stimmen,
2 Stimmenthaltungen)**

- 8.3 Außerplanmäßige Mittelbereitstellung für den Bau von temporären Klassenzimmern zur Absicherung des Kapazitätsbedarfs im Bereich Oberschulen
Vorlage: B-038/2018 Einreicher: Dezernat 1/Dezernat 6
-

Herr Stadtrat Faßmann (Fraktionsgemeinschaft VOSI/PIRATEN) erinnert, dass mit einem Beschluss vom 14.06.2017 zwei denkmalgeschützte Schulen an der Chopinstraße, verkauft wurden. Er versteht nicht und fragt nach, warum diese Entscheidung damals so getroffen wurde. Er möchte wissen, ob die aktuellen Informationen damals noch nicht vorlagen.

Herr Bürgermeister Stötzer führt aus, dass es in der Tat so sei, dass die Informationen die Schüleranzahl betreffend zum damaligen Zeitpunkt noch nicht vorgelegen haben. Zum Zeitpunkt des Verkaufs der Gebäude war die Aussage, dass Chemnitz gut mit Schulen ausgestattet sei. Nunmehr gibt es neue Prognosen und insofern auch andere Bedarfe. Nichtsdestotrotz wurde bereits zum damaligen Zeitpunkt erkannt, dass die Gebäude zwar groß genug sind, aber das Gelände da drum herum nicht ausreicht und kein richtiger Platz für eine Sporthalle und dergleichen vorhanden ist. Dies war der Grund, den Verkauf der Gebäude vorzuschlagen.

Frau Oberbürgermeisterin Ludwig bestätigt, dass damals sehr wohl überlegt wurde, ob dies ein Vorsorgetandort sein könne, dann jedoch entschieden wurde, dass der Standort nicht geeignet sei.

Herr Stadtrat Zschocke (Ratsfraktion PRO CHEMNITZ) fragt, ob der Zeitraum bekannt sei, wie lange diese Container bestehen bleiben sollen, ob diese für immer genutzt werden sollen oder definitiv Schulneubauten geplant seien. Er meint, dass bereits damals der Familiennachzug bei Asylanten bekannt war und ihn verwundert, dass das jetzt wie aus heiterem Himmel hereinbricht.

Herr Bürgermeister Schulze betont, dass die Container eine Übergangslösung bis zur Fertigstellung richtiger Schulen seien. Hier müsse mit den Ausschreibungs- und Bauzeiten mit Übergangszeiten von vier bis sieben Jahren gerechnet werden.

Frau Oberbürgermeisterin Ludwig fügt hinzu, dass die Container nur eine Zwischenlösung sein können und den Vorteil der Wiederverwendung haben, wenn sie temporär ggf. in anderen Stadtvierteln benötigt werden sollten. Sie erklärt, dass der Familiennachzug relativ verhalten verlaufe. Generell sei ein Anstieg der Schülerzahlen zu verzeichnen, daher werden auch insgesamt zehn neue Kindertagesstätten gebaut. Dies habe aber nur ca. 10 % mit Zuwanderung zu tun.

Herrn Stadtrat Sänger (Fraktion AfD) verwundert, der Zeitraum von vier Jahren für einen Schulneubau im Vergleich zur schnellen Bebauung des Contilochs. Er fragt, ob es keine beschleunigten Verfahren für den Schulbau gebe. Ihn interessiert auch, ob es sich überhaupt rechnet Container aufzustellen zumal diese sicherlich nicht lernfördernd sind.

Herr Bürgermeister Stötzer weist darauf hin, dass die Stadt als öffentlicher Auftraggeber an das Vergaberecht gebunden sei und es keine Ausnahmen bei Schulneubauten gebe.

Herr Bürgermeister Schulze erklärt, dass die Schulbedingungen in den Containern nicht schlechter seien als in normalen Schulen und für diese die gleichen Anforderungen gelten. Es handelt sich hier um eine ordentliche Übergangslösung.

Herr Stadtrat Ziems (Ratsfraktion PRO CHEMNITZ) scheint die Reaktivierung bisheriger Schulgebäude als die sinnvollere Lösung im Vergleich zu den angestrebten Neubauvorhaben. Er fragt wie die wirtschaftlichen Abwägungen getroffen wurden.

Herr Bürgermeister Schulze führt aus, dass sowohl Neubauten erfolgen als auch alte Schulgebäude reaktiviert werden. Er denkt, dass sicherlich mehr als eine Schule zu bauen sei.

Frau Oberbürgermeisterin Ludwig sagt, dass versucht werde, parallel zur Beschlussfassung des nächsten Zweijahreshaushaltes gegen Ende des Jahres eine Schulnetzplanung vorzulegen. Dabei werde man allerdings nicht wissen, was aus den Berufsschulen wird.

Beschluss B-038/2018

Der Stadtrat beschließt

1. die Errichtung von temporären Unterrichtsräumen am Standort der Oberschule Am Flughafen.
2. die Bereitstellung von finanziellen Mitteln zur Vorbereitung der Maßnahmen an den Standorten der Oberschule Gablenz sowie der Oberschule Schönau
3. die Ausführung der oben genannten temporären Unterrichtsräume als Containeranlagen.
4. dass Grundsatzentscheid und Baubeschluss für die Maßnahme an der Oberschule Am Flughafen entfällt.
5. die Sicherstellung der Finanzierung durch außerplanmäßige Bereitstellung von finanziellen Mitteln im Haushaltsjahr 2018 entsprechend Anlage 1 der Beschlussvorlage.

**Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bestätigt
(43 Ja-Stimmen, 4 Nein-Stimmen,
4 Stimmenthaltungen)**

- 8.4 Überplanmäßige Mittelbereitstellung für den Winterdienst 2017
Vorlage: B-031/2018 Einreicher: Dezernat 6/Amt 66
-

Zur Beschlussvorlage wurde eine aktualisierte Fassung ausgereicht.

Es besteht kein Verhandlungsbedarf.

Beschluss B-031/2018

Der Stadtrat beschließt die überplanmäßige Mittelbereitstellung für den Winterdienst 2017 bis zu einer Höhe von insgesamt 1.130.000 € entsprechend Anlage 1 der Beschlussvorlage.

**Abstimmungsergebnis: einstimmig bestätigt
(48 Ja-Stimmen, 4 Stimmenthaltungen)**

8.5 Berufung von Mitgliedern des Behindertenbeirates der Stadt Chemnitz
Vorlage: B-240/2017 Einreicher: Oberbürgermeisterin/Amt 15

Zur besseren Lesbarkeit werden alle Wahlhandlungen und Wahlergebnisse an dieser Stelle dargestellt, auch wenn die einzelnen Wahlgänge an anderer Stelle erfolgten.

Die Wahl erfolgt gemäß § 39 Abs. 7 SächsGemO. Da sechs Bewerbungen für die zwei zu besetzenden Plätze vorliegen, findet geheime Wahl statt.

Da zwei Plätze zu besetzen sind, erfolgt zunächst die Wahl für den ersten zu besetzenden Platz.

Frau Oberbürgermeisterin Ludwig erläutert den Stimmzettel.

Die Namen aller Bewerberinnen/Bewerber sind auf dem Stimmzettel aufgeführt. Jedes Stadtratsmitglied kann eine Stimme vergeben.

Als Wahlkommission werden Frau Mäder, Herr Kraatz sowie Herr Jenke und als Schriftführerin Frau Bunkowski bestätigt.

Wahlhandlung

Wahlergebnis:

anwesende Stimmberechtigte:	53
abgegebene Stimmen:	51
davon	
ausschlaggebende gültige Stimmen	46
ungültige Stimmen	3
Stimmhaltungen	2

Von den gültigen Stimmen entfielen auf

Groß, Tatjana	2 Stimmen
Fritzsche, Anita	1 Stimme
Olasz, Andy	2 Stimmen
Merkel, Dieter	0 Stimme
Brandenburg, Olaf	36 Stimmen
Voigt, Dietlind	5 Stimmen

Herr Brandenburg hat die erforderliche Mehrheit erreicht und ist somit gewählt.

Nach Feststellung des Wahlergebnisses erfolgt die Wahl für den zweiten zu besetzenden Platz

Die bestätigte Wahlkommission nimmt ihre Arbeit wieder auf.

Frau Oberbürgermeisterin Ludwig erläutert den Stimmzettel.

Die Namen aller bisher nicht gewählten Bewerberinnen/Bewerber sind auf dem Stimmzettel aufgeführt. Jedes Stadtratsmitglied kann eine Stimme vergeben.

Wahlhandlung

Wahlergebnis:

anwesende Stimmberechtigte:	53
abgegebene Stimmen:	52
davon	
ausschlaggebende gültige Stimmen	50
ungültige Stimmen	1
Stimmenthaltungen	1

Von den gültigen Stimmen entfielen auf

Groß, Tatjana	1 Stimme
Fritzsche, Anita	30 Stimmen
Olasz, Andy	2 Stimmen
Merkel, Dieter	0 Stimme
Voigt, Dietlind	17 Stimmen

Frau Fritzsche hat die erforderliche Mehrheit erreicht und ist somit gewählt.

Beschluss B-240/2017

Der Stadtrat beruft aus den eingereichten Bewerbervorschlägen widerruflich Frau Anita Fritzsche und Herrn Olaf Brandenburger als sachkundige Einwohnerin/ Einwohner bis zum Ablauf der derzeitigen Wahlperiode in den Behindertenbeirat der Stadt Chemnitz.

- 8.6 Wahl von Aufsichtsratsmitgliedern der City-Bahn Chemnitz GmbH
Vorlage: B-022/2018 Einreicher: Dezernat 1/Amt 20
-

Die Wahlen erfolgen entsprechend § 39 Abs. 7 SächsGemO.

Als Verwaltungsvertreter wird Herr Bernd Gregorzyk vorgeschlagen.

Da es keinen Widerspruch gibt, wird die Wahl offen durchgeführt.

**Wahlergebnis: einstimmig gewählt
(51 Ja-Stimmen)**

Als Vertreter der VVHC wird Herr Jens Meiwald vorgeschlagen.

Da es keinen Widerspruch gibt, wird die Wahl offen durchgeführt.

**Wahlergebnis: einstimmig gewählt
(49 Ja-Stimmen, 1 Stimmenthaltung)**

Für die Wahl des Stadtratsmitgliedes liegt ein gemeinsamer Wahlvorschlag der SPD-Fraktion, Fraktion DIE LINKE und Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vor. Zur Wahl vorgeschlagen wird Herr Detlef Müller.

Da nur ein Wahlvorschlag vorliegt und es keinen Widerspruch gibt, wird die Wahl offen durchgeführt.

**Wahlergebnis: mehrheitlich gewählt
(46 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen,
3 Stimmenthaltungen)**

Beschluss B-022/2018

Der Stadtrat schlägt der Versorgungs- und Verkehrsholding Chemnitz GmbH (VVHC) zur Entsendung in den Aufsichtsrat der City-Bahn Chemnitz GmbH vor:

Verwaltungsvertreter	Herrn Bernd Gregorzyk (Amtsleiter des Tiefbauamtes)
Vertreter der VVHC	Herrn Jens Meiwald
Weiteres Aufsichtsratsmitglied	Herrn Stadtrat Detlef Müller

- 8.7 Anpassung von Gesellschaftsverträgen der 100%igen Tochtergesellschaften der Klinikum Chemnitz gGmbH an die Vorgaben der SächsGemO
Vorlage: B-036/2018 Einreicher: Dezernat 1/Amt 20
-

Es besteht kein Verhandlungsbedarf.

Beschluss B-036/2018

Der Stadtrat beschließt:

1. die Neufassung des Gesellschaftsvertrages der Poliklinik gemeinnützige GmbH Chemnitz gemäß Anlage 3,
2. die Neufassung des Gesellschaftsvertrages der Cc Klinik-Verwaltungsgesellschaft Chemnitz mbH gemäß Anlage 4,
3. die Neufassung des Gesellschaftsvertrages der Service-Center Technik GmbH am Klinikum Chemnitz gemäß Anlage 5,
4. die Neufassung des Gesellschaftsvertrages der Klinik Catering Chemnitz GmbH gemäß Anlage 6,
5. die Neufassung des Gesellschaftsvertrages der Klinikum Chemnitz Logistik- und Wirtschaftsgesellschaft mbH gemäß Anlage 7,
6. die Neufassung des Gesellschaftsvertrages der Zentrum für Diagnostik GmbH am Klinikum Chemnitz gemäß Anlage 8,

einschließlich der sich aus der Abstimmung mit den Finanz- und Aufsichtsbehörden ergebenden sowie redaktionellen Änderungen in den Gesellschaftsverträgen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig bestätigt

(47 Ja-Stimmen, 2 Stimmenthaltungen)

- 8.8 Umsetzung der Basisabdeckung der Einheitlichen Behördenrufnummer 115 in Sachsen
Vorlage: B-016/2018 Einreicher: Dezernat 3/Amt 33
-

Frau Stadträtin Dr. Becherer (SPD-Fraktion) sagt, dass die Rufnummer 115 ein Scharnier zwischen Bürger und Verwaltung geworden sei und sie lobt und bedankt sich im Namen ihrer Fraktion für die Arbeit der Kolleginnen und Kollegen im Hintergrund.

Beschluss B-016/2018

Der Stadtrat beschließt die Umsetzung der öffentlich-rechtlichen Vereinbarung zwischen der Stadt Chemnitz und dem Sächsischen Staatsministerium des Innern zur Basisabdeckung der Einheitlichen Behördenrufnummer 115.

**Abstimmungsergebnis: einstimmig bestätigt
(51 Ja-Stimmen)**

- 8.9 Aktualisierung der Fachförderrichtlinie Jugend, Soziales, Gesundheit – FRL-JSG
Vorlage: B-140/2017 Einreicher: Dezernat 5 / Ämter 50/51/53
-

Es besteht kein Handlungsbedarf.

Beschluss B-140/2017

Der Stadtrat beschließt die geänderte Richtlinie der Stadt Chemnitz zur Förderung der freien Jugendhilfe, sozialer und sozialmedizinischer Dienste „Fachförderrichtlinie Jugend, Soziales, Gesundheit – FRL-JSG“ gemäß Anlage 3 der Beschlussvorlage.

**Abstimmungsergebnis: einstimmig bestätigt
(50 Ja-Stimmen)**

- 8.10 Konzeption Schlossteichinsel/Schlossteichareal
Vorlage: B-033/2018 Einreicher: Dezernat 6/Amt 67
-

Zur Vorlage wurde ein gemeinsamer Änderungsantrag der Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, DIE LINKE und SPD ausgereicht.

Herr Stadtrat Lehmann (Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) dankt der Verwaltung für die gute Beschlussvorlage, der Bürgerinitiative für die eingeworbenen Spenden und ihren großen Einsatz für den Erhalt des Pavillons auf der Schlossteichinsel und den Stadtratsmitgliedern, die in den letzten Jahren für zahlreiche Verbesserungen auf der Schlossteichinsel und eine Aufwertung des Umfeldes gestritten haben. Er weist aber im Zusammenhang mit dem Konzept auf die alten Ufer mit den Betonplatten hin, was nicht schön und ziemlich unökologisch sei. Daher wurde der Änderungsantrag für die Fortsetzung der Renaturierung der Uferanlagen eingebracht.

Herr Stadtrat Rotter (Fraktionsgemeinschaft VOSI/PIRATEN) sei mit der Begründung darauf gestoßen, dass bezüglich der WiFi-Ausstattung auf den G4-Standard verwiesen wird, der auf der Insel verfügbar sei und man deshalb kein freies WLAN bräuchte. Das finde er ein bisschen armselig und meint, dass ein freies WLAN auch neue Möglichkeiten auf diese Insel bringen würde. Auch müsse die Stadt seiner Meinung nach irgendwie mal darauf zukommen, ein freies WLAN an solchen Orten anzubieten.

Herr Bürgermeister Stötzer informiert, dass dieses Thema auch im Kulturausschuss diskutiert wurde und es die Empfehlung aus dem Kulturausschuss heraus gab, sich mit dem Freifunk nochmals in Verbindung zu setzen, um das Angebot dort noch mit zu platzieren. Er sichert zu, dass dies getan werde.

Herr Stadtrat Müller (SPD-Fraktion) weist darauf hin, dass es eine ziemliche Breitbandstrategie des Bundes gibt. Allerdings könne es auch Gebiete in Chemnitz geben, wo man sich erholt und nicht unbedingt WLAN braucht. Vielleicht könne eine WLAN-freie Zone auch ein Gewinn für einen selber sein.

Herr Stadtrat Zschocke (Ratsfraktion PRO CHEMNITZ) stimmt den Ausführungen von Herrn Stadtrat Müller zu.

Beschluss B-033/2018

Der Stadtrat beschließt:

1. die Nutzung des Schlossteichpavillons als Kleinkunstabühne,
2. die Nutzung des Schlossteichpavillons für kleinere Feiern,
3. die Bereitstellung eines Sanitär- und Kleinküchenbereiches für vorgenannte Kleinveranstaltungen,
4. einen 3 bis 7-tägigen Reinigungs- und Papierkorbbentleerungsturnus pro Woche über den ASR,
5. eine partielle Neuverlegung bzw. Neuverfugung der Natursteinbeläge auf dem Festplatz in 2018,
6. für die Erneuerung des Spielplatzes mit Planungsleistungen zu beginnen. Hinsichtlich des Finanzierungsbedarfes für die Sanierung ist die Einordnung in den Haushaltsplan 2019/2020 zu prüfen.
7. die weitere Renaturierung der Ufer des Schlossteiches. Die Stadtverwaltung legt hierzu dem Stadtrat bis Juni 2018 einen Maßnahme-, Zeit- und Finanzierungsplan vor.

**Abstimmungsergebnis: einstimmig bestätigt
(50 Ja-Stimmen)**

- 8.11 Satzungsbeschluss über die Veränderungssperre zum Bebauungsplan Nr. 12/05 „Stadteingang Leipziger Straße/Höhe Bornaer Straße“
Vorlage: B-028/2018 Einreicher: Dezernat 6/Amt 61
-

Es besteht kein Verhandlungsbedarf.

Beschluss B-028/2018

Der Stadtrat beschließt die Satzung der Stadt Chemnitz über die Veränderungssperre zum Bebauungsplan Nr. 12/05 „Stadteingang Leipziger Straße/Höhe Bornauer Straße“ entsprechend Anlage 1 der Beschlussvorlage.

**Abstimmungsergebnis: einstimmig bestätigt
(50 Ja-Stimmen)**

- 8.12 1. Baubeschluss für Hochbaumaßnahmen 2018
Vorlage: B-006/2018 Einreicher: Dezernat 6/SE17
-

Es besteht kein Verhandlungsbedarf.

Beschluss B-006/2018

Der Stadtrat beschließt die Bauausführung der Maßnahmen

1. Sportforum große Turnhalle Erweiterung gemäß Anlage 4 der Beschlussvorlage vorbehaltlich der Bewilligung der Fördermittel und
2. Schlossbergmuseum Ertüchtigung der Einbruchmeldeanlage gemäß Anlage 5 der Beschlussvorlage.

**Abstimmungsergebnis: einstimmig bestätigt
(50 Ja-Stimmen)**

- 8.13 2. Baubeschluss nach DA 6001 für Straßenbau-und Tiefbaumaßnahmen, Wasserbaumaßnahmen und verkehrstechnischen Maßnahmen mit Beginn im Jahr 2018/2019
Vorlage: B-030/2018 Einreicher: Dezernat 6/Amt 66
-

Es besteht kein Verhandlungsbedarf.

Beschluss B-030/2018

Der Stadtrat bestätigt den 2. Baubeschluss für die Maßnahmen

1. Anlage 3 Ersatzneubau Uferstützwand Klaffenbacher Str. zur Würschnitz in Chemnitz/Harthau (5521000.632006)
2. Anlage 4 Ersatzneubau Uferstützwand Fabrikstraße zur Chemnitz (5521000.632012)
3. Anlage 5 Ersatzneubau Brücke über den Pleißenbach gegenüber Hotel Röhrsdorfer Hof (5411000.232025)

**Abstimmungsergebnis: einstimmig bestätigt
(51 Ja-Stimmen)**

- 8.14 Abwägungs- und Satzungsbeschluss zum Bebauungsplan Nr. 16/01 Solarpark
Altendorfer Straße
Vorlage: B-019/2018 Einreicher: Dezernat 6/Amt 61
-

Herr Stadtrat Dr. Füsslein (Fraktionsgemeinschaft CDU/FDP) erklärt, dass seine Fraktion der Meinung sei, dass Solarflächen auf Dächer von z. B. Schulen, Turnhallen und Kitas und auf Brachflächen gehören, nicht aber auf potenzielles Bauland und erst recht nicht auf Grünland. Die Fraktionsgemeinschaft CDU/FDP werde deshalb einer solchen Konzeption nicht zustimmen.

Herr Bürgermeister Stötzer führt aus, dass es um die Beschaffenheit des Bodens gehe. Da auf diesem Gelände kontaminierte Stoffe liegen, mache dies Investitionen an dieser Stelle sehr schwierig, so dass eine wirtschaftliche Verwertung als Wohnbaustandard oder ähnlichem momentan nicht gegeben sei. Insofern möchte der Freistaat als Eigentümer dort zunächst temporär eine Zwischennutzung als Solarstandort etablieren. Er denkt, dass es in dem Gebiet durch die geplante Reaktivierung der Bahnanlage zunächst genügend Potenzial gibt und insofern sei dort eine sinnvolle Zwischennutzung durch eine Solaranlage durchaus vorstellbar.

Herr Stadtrat Zschocke (Ratsfraktion PRO CHEMNITZ) könnte sich vorstellen, dass es kostensparender sei, wenn man die Solarmodule zu ebener Erde montiert, als wenn diese in doch relativ schwierigen Lagen auf Dächern etc. untergebracht werden.

Herr Stadtrat Tillmann (Fraktionsgemeinschaft CDU/FDP) fragt zur angesprochenen Zwischenlösung, wie diese rückgängig gemacht werden solle, wenn der Eigentümer eine Photovoltaikanlage installiert.

Herr Bürgermeister Stötzer antwortet, dass eine solche Investition irgendwann mal abgeschlossen und auch wirtschaftlich nicht mehr sonderlich attraktiv sei und auch ein technisches Ende habe. Dann sei der Zeitpunkt für Überlegungen gegeben, was an diesem Standort sinnvoll sei. Für die Zukunft gesehen in 10 bis 20 Jahren sei es durchaus sinnvoll, über diese Fläche nochmals nachzudenken. Aber derzeit gebe es an dieser Stelle Kontaminate, wodurch alle Investitionen zu teuer würden und es gebe auch keine konkreten Interessenten.

Beschluss B-019/2018

Der Stadtrat beschließt:

1. Die Abwägungen zum Bebauungsplan Nr. 16/01 Solarpark Altendorfer Straße.
2. Aufgrund des § 10 in Verbindung mit §§ 13 und 13a des Baugesetzbuches in der Fassung der Bekanntmachung vom 3. November 2017 (BGBl. I S. 3634), sowie nach § 89 der Sächsische Bauordnung (SächsBO) in der Fassung vom 11. Mai 2016 (SächsGVBl. S. 186, 187), zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes vom 10.02.2017 (SächsGVBl. S. 50, 79), in Verbindung mit § 4 der Gemeindeordnung für den Freistaat Sachsen (SächsGemO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 3. März 2014 (SächsGVBl. S. 146), zuletzt geändert durch Artikel 1 und 2 des Gesetzes vom 13. Dezember 2016 (SächsGVBl. S. 652), beschließt der Stadtrat der Stadt Chemnitz den Bebauungsplan Nr. 16/01 Solarpark Altendorfer Straße, bestehend aus der Planzeichnung (Teil A) sowie dem Text (Teil B), in der Fassung vom 14.11.2017 als Satzung (Anlage 3).

3. Die Begründung in der Fassung vom 14.11.2017 (Anlage 4) wird gebilligt.
4. Der Flächennutzungsplan wird gemäß § 13a Abs. 2 Nr. 2 BauGB im Wege der Berichtigung für den räumlichen Geltungsbereich des Bebauungsplans Nr. 16/01 Solarpark Altendorfer Straße angepasst (Anlage 5).

**Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bestätigt
(32 Ja-Stimmen, 17 Nein-Stimmen,
3 Stimmenthaltungen)**

9 Informationsvorlage

Information zum EU-Schulprogramm für gesunde Ernährung
Vorlage: I-054/2017 Einreicher: Dezernat 5/Amt 53

Die Vorlage wird zur Kenntnis genommen.

10 Beschlussanträge

- 10.1 Einführung eines Sozialtickets
Vorlage: BA-058/2017 Einreicher: Fraktion DIE LINKE,
Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN
-

Zum Beschlussantrag wurden eine Änderung des Einreichers und eine Stellungnahme der Verwaltung ausgereicht.

Frau Stadträtin Schaper (Fraktion DIE LINKE) führt in den Beschlussantrag ein und erklärt, dass der Hartz IV-Regelsatz für einen Erwachsenen für den Bereich Verkehr die Kosten für Fahrten mit dem ÖPNV gegebenenfalls mit dem eigenen Auto sowie alle damit verbundenen weiteren Ausgaben beinhaltet. Wie bei vielen anderen Pauschalen sei dieser aber nicht ausreichend und entspreche nicht der Lebenswirklichkeit. Im Antrag wurden als mögliche Bezugspersonen Bezieher von Hartz IV benannt und in der Begründung die Formulierung „weiterer Personenkreis“ hinzugefügt. Damit seien all diejenigen, die neben Hartz IV Sozialleistungen als sogenannte „Aufstocker“ gemeint. Dieser Personenkreis könne in Zukunft gern ausgebaut werden. Die Wiederherstellung des Rechtes auf Mobilität sowie die gleichberechtigte Teilhabe am gesellschaftlichen Leben durch ein preiswertes Sozialticket für Empfänger von Leistungen sei aus Sicht der Einreicher erforderlich. Durch die Erhöhung der Mobilität kann auch die Arbeitsplatzsuche vereinfacht werden. Sie verweist, dass bereits viele Städte in Deutschland vergünstigte Tickets eingeführt haben. Auch sei der Begriff „Sozialticket“ lediglich ein Arbeitstitel, wichtig sei, dass die Nutzer dieses Rabattes nicht stigmatisiert werden. Die positiven Erfahrungen dieser Städte zeigen, dass Vergünstigungen im ÖPNV gut von der Bevölkerung angenommen werden. Es solle auch abgesichert werden, dass nicht die übrigen Nutzer des ÖPNV die Finanzierungslücke durch Aufschläge auf ihre Fahrkarten ausgleichen müssen. Ein guter Wille und ein gutes Verhandlungsgeschick und natürlich die politischen Prioritäten seien hierfür nötig. Wie den Einreichern versichert wurde, werde der Geschäftsführer des VMS Sachsen den politischen Willen zur Einführung eines solchen Tickets erst einmal für Chemnitz begrüßen, wenn die Finanzierung gesichert sei. Der notwendige Zuschuss der Stadt an die Verkehrsbetriebe würde eine freiwillige soziale Leistung darstellen, die die Attraktivität von Chemnitz und die Lebensqualität weiter erhöhen könne.

Auch die Sozialverbände begrüßen die Einführung eines solchen Tickets, geben aber zu bedenken, dass der Zugang hierzu so niederschwellig wie möglich gehalten werden müsse. Abschließend sagt sie, dass ein Sozialticket die mehrheitliche Akzeptanz in der Gesellschaft brauche, bittet um Zustimmung und versichert, dass die Einreicher dann für das Ticket werben und gegebenenfalls noch notwendige Partner dafür suchen.

Herr Stadtrat Dr. Haentjens (Fraktionsgemeinschaft CDU/FDP-Fraktion) sagt, dass dieser Prüfauftrag schon mehrfach eingebracht und ausführlich diskutiert wurde und dieser eine Chance sei, aber auch ein Risiko beinhalte, ein Feld zu eröffnen, dessen man sich bewusst sein sollte. Er denkt dass eines der Probleme auf welche aufmerksam gemacht werden müsse darin liege, dass Personen herausgenommen werden, die bereits einen Zuschuss oder eine Erstattung ihrer Kosten nach den Sozialgesetzbüchern erhalten, um die gesetzlich festgeschriebene Vorschriften nicht zu unterlaufen. Seine Fraktion habe sich entschlossen, diesem Beschlussantrag nicht zuzustimmen. Eine Frage, die seine Fraktion gestellt habe und letztendlich nicht als beantwortet ansieht, sei, ob aufgrund bundesrechtlicher Vorschriften die Gefahr bestehe, dass den Leistungsempfängern durch die kommunale freiwillige Leistung Sozialleistungen gekürzt werden. Er sagt abschließend, dass die Diskussion sehr konstruktiv war, seine Fraktion aber der Wegnahme von Geldern begegnen möchte.

Herr Stadtrat Müller (SPD-Fraktion) sagt, dass sich Teile seiner Fraktion dem Prüfauftrag nicht verweigern werden. Er denkt, dass durch die Bundespolitik im SGB II zu prüfen sei, ob die Regelbedarfe ausreichend sind. Nach Vorlage des Konzepts der Verwaltung müsse über die betreffenden Personengruppen beraten werden. Insgesamt müsse das ganze Thema CVAG für die nächsten Jahre intensiver geprüft werden. Die CVAG erbringe jetzt zusätzlich 1,2 Mio. Fahrplankilometer, was der Steuerzahler bezahlt. Der Zuschuss der Stadt Chemnitz über die VVHC an die CVAG war in den letzten Jahren bei null, was bedeutet, dass die Gewinnabführung der eins energie ausreichend war, um den ÖPNV bei der CVAG zu finanzieren. Im Zuge des Fahrplanwechsels wird die Stadt 1,5 Mio. € mehr Leistung zuzahlen müssen, wobei die Summe bis ins Jahr 2023 auf 12 Mio. € steige. Auch die Beschaffung der neuen barrierefreien Zweirichtungsstraßenbahnen werde ein Thema, was weitere Zuschüsse der Stadt Chemnitz für einen guten Nahverkehr erfordert. Er benennt Beispiele, die mit dem Nahverkehrsplan beschlossen wurden, die aber nicht finanziert sind. Deshalb schlägt er vor, wenn das beantragte Konzept vorliege als Grundfrage darüber zu diskutieren, ob die Mittel in Höhe von 1,8 Mio. € für Angebotsverbesserungen im öffentlichen Nahverkehr für alle Chemnitzer eingesetzt oder spezielle Personengruppen, die Unterstützung nötig haben, subventioniert werden. Aber permanent das Sozialticket zu fordern, weil es andere Städte haben, wagt er heute zu bezweifeln.

Frau Stadträtin Zais (Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) erläutert, auf die Frage von Herrn Stadtrat Haentjens, ob es aufgrund bundesrechtlicher Regelungen zu Kürzungen der Sozialleistungen kommen könne, dass dies durch die Einreicher geprüft wurde und dem nicht so sei, weil der Leistungsempfänger kein Geld bekommt. Er könne mit dem für den ÖPNV vorgesehenen Betrag die entsprechende Fahrkarte erwerben, was er bis jetzt nicht könne. Zur Auffassung von Herrn Stadtrat Müller, ggf. mit Steuergeldern eine Angebotsoffensive der CVAG für alle Chemnitzer zu machen, sagt sie Nein, da es eben genau der Zielgruppe der Leistungsempfänger nicht zugutekomme. Diese Ungerechtigkeit solle mit dem Sozialticket beseitigt werden. Abschließend sagt sie, dass die Erfahrungen in Leipzig und Dresden es gezeigt haben, dass es tatsächlich eine Nachfrage nach einem subventionierten Fahrschein gibt und dies auch zu einer Erhöhung des Fahrgastaufkommens führt.

Herrn Stadtrat Rotter (Fraktionsgemeinschaft VOSI/PIRATEN) ist es auch wichtig, dass es mit diesem Ticket zu keiner Stigmatisierung kommen soll. Er bekräftigt, dass er für ein solidarisch finanziertes Bürgerticket entweder über eine Haushaltsfinanzierung oder über Steuerfinanzierung sei. Auch sei er der Meinung, dass die gesamte ÖPNV-Finanzierung mal grundsätzlich diskutiert werden solle. Seine Fraktion sei ebenfalls der Meinung, dass der Hartz IV-Regelsatz für den Verkehr deutlich zu niedrig sei, um überhaupt eine normale Teilhabe am Leben zu ermöglichen. Aus dem Grund werde seine Fraktion diesem Antrag vollumfänglich zustimmen.

Frau Stadträtin Schaper (Fraktion DIE LINKE) bedauert den Entschluss der Fraktionsgemeinschaft CDU/FDP dem Prüfauftrag nicht zu folgen. Sie fragt, was der beste Ausbau des Nahverkehrs helfe, wenn es nicht alle nutzen können? Die Einreicher sehen dies als politisches Bekenntnis. Sie sagt, dass auch Mobilität ein Grundrecht sei.

Beschluss BA-058/2017

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, die Einführung eines Sozialtickets für den Öffentlichen Personennahverkehr zu prüfen. Berechtigte sollen Personen sein, die Leistungen nach dem SGB II und SGB XII erhalten. Die Prüfung soll sich auch auf die Nutzung möglicher Fördermittel erstrecken sowie ein Finanzierungskonzept beinhalten.

Auf der Grundlage dieses Prüfergebnisses ist ein Entscheidungsvorschlag zu erarbeiten und dem Stadtrat im III. Quartal 2018 zur Beschlussfassung vorzulegen.

**Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bestätigt
(26 Ja-Stimmen, 20 Nein-Stimmen,
6 Stimmenthaltungen)**

10.2 Pfandringe an Abfallbehältern
Vorlage: BA-060/2017 Einreicher: SPD-Fraktion, Fraktion DIE LINKE

Zum Beschlussantrag wurde eine Stellungnahme der Verwaltung ausgereicht.

Herr Stadtrat Vieweg (SPD-Fraktion) sagt, dass jedes Jahr im Betriebsausschuss über die Thematik diskutiert wird. Umso erfreulicher sei es gerade für den Schlossteich, dass der Austausch der engagierten Chemnitzer jetzt auch Eingang in den vorliegenden Beschlussantrag findet. Er findet es wie viele andere nicht gut, dass es in einem reichen Land wie unserem, Menschen gibt, die so wenig haben, dass sie auf Pfandflaschensammeln angewiesen sind. Aber für ihn sei es auch eine Frage des würdevollen Umgangs mit Menschen, die von Armut betroffen sind. Und mit dem Beschlussantrag gehe es in erster Linie darum. Der Antrag sei auch eine Wertschätzung für das Engagement des Jugendparlaments, welches diesen Vorschlag eingebracht habe. Zur Stellungnahme der Verwaltung sagt er, dass natürlich das IV. Quartal 2018 abgewartet werden könne und die Vorschläge der Verwaltung auch noch in die Projektskizze aufgenommen werden sollen.

Herr Stadtrat Rotter (Fraktionsgemeinschaft VOSI/PIRATEN) erinnert, dass der Antrag ursprünglich aufgrund einer gemeinsamen Initiative zu dem Thema zustande kam und seine Fraktion diesem zustimme.

- 10.3 Raumlufte in Kitas und Schulen
Vorlage: BA-001/2018 Einreicher: Fraktion AfD
-

Der Beschlussantrag wurde unter TOP 2 in den Planungs-, Bau- und Umweltausschuss und Sozialausschuss zur Vorberatung verwiesen.

- 10.4 Sozialer Wohnungsbau
Vorlage: BA-002/2018 Einreicher: SPD-Fraktion, Fraktion DIE LINKE,
Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN
-

Zum Beschlussantrag wurde eine Stellungnahme der Verwaltung ausgereicht.

Herr Stadtrat Berger (Fraktion DIE LINKE) stellt klar, dass mit dem Beschlussantrag keine einzige Sozialwohnung in Chemnitz gebaut wird und dennoch sei der Antrag ein wichtiges sozialpolitisches Zeichen. Auch Chemnitz brauche mit einer Leerstandquote von über 3 % nicht nur hochpreisige und Eigentumswohnungen, sondern auch neue Sozialwohnungen. Deshalb fordern die Einreicher die Bundes- und Landtagsabgeordneten von Chemnitz auf, sich nachdrücklich für eine Änderung der Förderrichtlinie einzusetzen. Die Leerstandquote zum ausschließlichen Kriterium für die Förderung zu machen sei falsch und werde dem Bedarf nicht gerecht. Ein nicht geringer Teil von leerstehenden Wohnungen sei in einem nicht zu vermietenden Zustand und die Rekonstruktion würde ohne Fördermittel zu Kaltmieten führen, die von einer Reihe von Menschen in unserer Stadt eben nicht tragbar sind. Wohnen sei kein Luxusgut, sondern Grundbedarf aller Menschen in unserem Land. Auch werde in allen Stadtteilen bezahlbarer Wohnraum benötigt, was eine Voraussetzung für ein friedliches Miteinander sei. Dafür müssen jetzt Rahmenbedingungen geschaffen werden. Er warne auch davor das Thema sozialer Wohnungsbau mit der Begründung, dass die Einkommen sich erhöhen werden und deshalb der Bedarf sinken werde, auszusitzen. Solch ein Ansatz wäre zu mindestens naiv. Auch die GGG mbH als kommunale Wohnungsgesellschaft und die Wohnungsgenossenschaften müssen aktiv werden. Von der Verwaltung werde erwartet, dass das Wohnraumbedarfskonzept mit den Partnern der Wohnungswirtschaft und Stadtratsmitgliedern analog des Einzelhandelskonzeptes diskutiert werde.

Herr Stadtrat Vieweg (SPD-Fraktion) fügt hinzu, dass mit den Prognosen aus den 1990er Jahren Chemnitz klein gerechnet wurde und sich Abrisswahn in den 90er Jahren wie Karies durch Chemnitz gefressen habe, Identität verloren ging und für viele auch ein Stück Heimat. Nun ist bekannt, dass Chemnitz wächst und jährlich werden zwischen 220 und 850 neue Wohnungen benötigt, wobei diese Zahl noch konkretisiert werden müsse. Für die SPD sei klar, dass gerade für Familien mit geringem Einkommen es möglich sein müsse, in jedem Viertel von Chemnitz eine Wohnung zu finden und dies wichtig für den sozialen Zusammenhalt sei. Die existierende älter werdende Gesellschaft erfordert zusätzlich altersgerechtes soziales Wohnen. Mit dem Beschlussantrag werden alle Großvermieter aufgefordert, sich in das neue Wohnraumbedarfskonzept einzubringen. Und die Bundestagsabgeordneten könnten sich z. B. für die Verlängerung sogenannter Kompensationsmittel für den sozialen Wohnungsbau einsetzen und die Landtagsabgeordneten könnten Anstrengungen unternehmen das Förderungsinstrument Förderprogramm gebundener Mietwohnraum weiter zu entwickeln. Es müsse ganz deutlich werden, dass Grundstücksspekulanten und Miethaie in Chemnitz keine Chance haben.

Herr Stadtrat Fritzsche (Fraktionsgemeinschaft CDU/FDP) beantragt im Namen seiner Fraktion die Einzelabstimmung der Beschlusspunkte, da sie sich schwer tue mit Aufforderungen an Mandatsträger. Er weist darauf hin, dass im Rahmen der gestrigen Beratung mit den Wohnungsgenossenschaften sich ganz intensiv über dieses Thema ausgetauscht wurde. Dabei musste festgestellt werden, dass in diesem Wohnraumbedarfskonzept, welches mit die Grundlage wäre, um überhaupt Fördermittel beantragen zu können, gänzlich ein direkter Hinweis auf die Notwendigkeit von sozialem Wohnungsbau in Chemnitz fehle. Ganz im Gegenteil stehe dort explizit drin, dass die Prognose eher dahin geht, dass der Bedarf an sozialen Wohnungsbau zumindest in Chemnitz in absehbarer Zeit zumindest so dringend nicht da sei. Er beantragt das Thema nochmals in den Planungs-, Bau- und Umweltausschuss ggf. in gemeinsamer Sitzung mit dem Sozialausschuss mitzunehmen, um gezielt zu diskutieren, wie ein vorhandener Bedarf auch Niederschlag im Wohnraumbedarfskonzept findet.

Herr Stadtrat Kohlmann (Ratsfraktion PRO CHEMNITZ) sagt, dass der Preistreiber bei Mieten die GGG mbH sei. Die privaten Vermieter haben die Wirtschaft verstanden und bieten Wohnraum besser zu geringeren Preisen an, haben aber dafür die Wohnungen vermietet. Er erinnert, dass die GGG mbH Wohnungen einer vor der Insolvenz stehenden Wohnungsgenossenschaft aufgekauft habe, da die Wohnungen, die dann mehr auf dem Markt wären zu Mietpreissenkungen geführt hätten. Er erklärt weiter, dass Miete durch teures Bauen teuer werde. Nach seriösen Bauschätzungen aus der Bauwirtschaft fließen 50 % der Baukosten unmittelbar aus verschiedenen EU-Vorschriften. Ohne diese Zuschüsse würde Bauen die Hälfte kosten und dies führe zu geringeren Mieten. Wenn Bauen die Hälfte kosten würde, würde auch Wohnen deutlich billiger. Abschließend meint er, dass die Nachfrage nach Wohnraum und somit die Miete steige, da mehrere tausend neue Mieter nach Chemnitz geholt wurden.

Herr Stadtrat Faßmann (Fraktionsgemeinschaft VOSI/Piraten) weist darauf hin, dass er sich die Marktzahlen auf Immobilienscout angeschaut habe und ca. 2.000 Sozialwohnungen im Angebot sind, welche alle bewohnbar seien. Rechne man dies auf Angebote der GGG mbH und anderen Wohnungsgesellschaften komme man auf ungefähr 5.000 Sozialwohnungen, die im Moment in Chemnitz leer stehen. Allerdings solle man schauen, ob Sozialwohnungen wirklich das Problem seien oder ob einfach die falschen Wohnungen auf dem Markt sind. Dies könne durch den Wohnungsreport sicher erkannt werden.

Frau Oberbürgermeisterin Ludwig geht auf die Ausführungen von Herrn Stadtrat Kohlmann ein und sagt, dass ein nicht unerheblicher Teil der Menschen die auf Sozialtransferzahlungen angewiesen sind, in Wohnungen der GGG wohnen, weil die Mieten dort dem Mietspiegel bzw. der KdU-Richtlinie entsprechen. So können viele der Mieter in vielen Stadtteilen Wohnraum finden. Das sei eine sehr gute Situation in Chemnitz, wobei die GGG mbH als 100 %-ige Tochter sehr helfe. Sie erinnert, dass in den 1990er Jahren 60.000 Menschen die Stadt verlassen haben und deshalb die Mieten im freien Fall und nicht mehr wirtschaftlich waren. Die Wohnungsunternehmen hätten sich nicht so entwickeln können, dass auch Investitionen hätten erfolgen können. Und deshalb waren die 1990er Jahre überhaupt nicht vergleichbar und dürften jetzt auch nicht benutzt werden, um Leute z. B. gegen die städtische Wohnungsgesellschaft aufzuhetzen.

Herr Stadtrat Vieweg (SPD-Fraktion) meint, dass es nichts bringe den Antrag in den Planungs-, Bau-, und Umweltausschuss zu überweisen, da mit dem Antrag noch auf das Wohnraumbedarfskonzept Einfluss genommen werden solle. Und mit den Forderungen des heutigen Antrages müsse das Konzept sowieso nochmal im Planungs-, Bau- und Umweltausschuss beraten werden.

Herr Stadtrat Müller (SPD-Fraktion) nimmt Bezug auf die Ausführungen von Herrn Stadtrat Faßmann und bestätigt die Zahlen, erklärt aber, dass dies der aktuelle Stand sei und mit dem Antrag Vorsorge für die Zukunft getroffen werden solle. Er verweist auf die Entwicklung des Grundstücksmarkts und um ein wenig Steuern zu können, dass nicht nur hochpreisiger Wohnraum sondern auch sozialer Wohnraum entsteht, wurde der Beschlussantrag eingebracht.

Herr Stadtrat Dr. Füsslein (Fraktionsgemeinschaft CDU/FDP) führt aus, dass der Abriss nicht wegen fehlerhafter Prognosen gemacht wurde, sondern weil dies gefördert wurde und dieser erst gestoppt werden konnte, als die Förderung beendet war. Und jetzt solle gefördert werden, was damals mit Fördermitteln verloren ging, da sei ein Paradoxum. Auch er halte es für dringend erforderlich, das komplexe Thema Wohnungsbau und dabei eben nicht nur den geförderten im Planungs-, Bau- und Umweltausschuss zu diskutieren. Dort werde oftmals viel Zeit verwendet für Eigenheime, aber 75 % - 80 % der Einwohner leben nicht in Eigenheimen, sondern in kommunalen Wohnungen in urbanen Gebieten und dem müsse sich gewidmet werden. Dann könne man anhand dieser belastbaren Grundlage sagen, dass man nicht einfach nur Fördermittel wolle, sondern könne begründen wofür Fördermittel benötigt werden. Dabei sollten auch die GGG mbH und die Wohnungsgenossenschaften einbezogen werden. Er sagt abschließend, dass die GGG mbH der Stabilisator der Mieten in Chemnitz sei.

Frau Oberbürgermeisterin Ludwig sagt zum angesprochenen Rückbau, dass sie die Auffassung teile, dass in Gründerzeitvierteln fördermittelgetriebenen Fehler passiert seien. Sie denke aber, dass in den Stadtteilen des Heckertgebietes auch eine zunehmend gehobene Lebensqualität durch den entstandenen Platz entstanden sei. Insofern habe der Rückbau im Plattenbau im Heckertgebiet den Raum dafür geschaffen.

Dem stimmt **Herr Stadtrat Dr. Füsslein** zu.

Herr Stadtrat Faßmann (Fraktionsgemeinschaft VOSI/Piraten) findet es zunächst faszinierend, dass jetzt so viele Investoren nach Chemnitz kommen. Er denkt aber, dass durch den zukünftig hohen Zuwachs an Wohnungen in Chemnitz die Mietpreise nicht steigen werden, sondern eher umgekehrt, da nicht zehntausende Leute zuziehen werden, sondern es wird ein paar Umzüge geben. Mehr könne nicht vorher gesagt werden. Die Stadt müsse allerdings schauen, dass genügend Bauplätze vorhanden sind und da denke er, dass diese durch den Abriss vieler denkmalgeschützter Gebäude durch die GGG mbH in den Lücken der Karrees vorhanden sind.

Herr Stadtrat Vieweg (SPD-Fraktion) stimmt zu, dass das Wohnraumbedarfskonzept intensiv im Fachausschuss besprochen werden müsse. Mit dem Beschlussantrag solle auch lediglich ein Impuls geliefert werden. Die nächste Förderperiode beginne 2019 und spätestens im Frühjahr müsse sich auf ein gutes Wohnraumbedarfskonzept geeinigt worden sein. Insoweit sei jetzt Eile geboten. Zur Aussage von Herrn Stadtrat Faßmann beanstandet er, dass dieses hoch komplexe System des sozialen Wohnungsbaus mit verengt werde und es im Moment in Chemnitz 74 Mitwohnungen gebe, auf die die Stadt gebunden zugreifen können und das sei ein Zustand, der so nicht länger tragbar ist.

Abstimmung über den Antrag auf Verweis des Beschlussantrages in den Planungs-, Bau- und Umweltausschuss

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt
(18 Ja-Stimmen, 29 Nein-Stimmen,
1 Stimmenthaltung)

Abstimmung über Punkt 1 des Beschlussantrages

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bestätigt
(27 Ja-Stimmen, 16 Nein-Stimmen,
5 Stimmenthaltungen)

Abstimmung über Punkt 2 des Beschlussantrages

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bestätigt
(45 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen,
2 Stimmenthaltungen)

Beschluss BA-002/2018

1. Der Stadtrat fordert die Mitglieder des Bundestages und des Sächsischen Landtages auf, sich in ihren Gremien dafür einzusetzen, dass geeignete Förderinstrumente und -kriterien für sozialen Wohnraum geschaffen bzw. angepasst werden, die den Bedarfen der Stadt Chemnitz gerecht werden.
2. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, bei der Erstellung des Wohnraumbedarfskonzeptes die Planungen der Chemnitzer Wohnungsgenossenschaften, der Grundstücks- und Gebäudewirtschafts-Gesellschaft m.b.H. (GGGmbH) und weiterer bekannter „Großvermieter“ hinsichtlich der Schaffung von Wohnungen im unteren und mittleren Preissegment anzufragen sowie ihren Bedarf an Fördermitteln für den sozialen Wohnungsbau zu ermitteln.

Pause von 17:53 Uhr – 18:04 Uhr

10.5 Handknochenmessung umA
Vorlage: BA-006/2018 Einreicher: Ratsfraktion PRO CHEMNITZ

Zum Beschlussantrag wurde eine Stellungnahme der Verwaltung ausgereicht.

Herr Stadtrat Kohlmann (Ratsfraktion PRO CHEMNITZ) sagt, dass das Problem bekannt sei, dass viele Menschen ohne Dokumente einreisen und entsprechend Altersangaben oft nicht überprüfbar sind. Das Alter von Leuten habe aber sehr viele rechtliche und tatsächliche Konsequenzen. Diese Messmethode sei nicht teuer und problemlos durchzuführen. Aus diesem Grunde möge sich an entsprechender Stelle dafür eingesetzt werden.

Frau Stadträtin Patt (Fraktionsgemeinschaft CDU/FDP) erklärt, dass der Beschlussantrag ärgerlich, schlecht und auch anmaßend sei. Ihre Fraktion lehne es auch ab, Fremdbeauftragungen zu machen. Sie sagt, dass der Einreicher sich innerhalb der Zuständigkeiten an die Institutionen und Gremien wenden solle, wo das Thema hingehört. Das wären in diesem Falle Bundesgesetzgebungen und es gebe jede Menge Bestrebungen gerade in diesen Fragen eine bundeseinheitliche Regelung zu schaffen. Unsinn sei es auch zu sagen, dass die Messungen ab dem II. Quartal 2018 erfolgen sollen, da sich innerhalb von sechs Wochen die Oberbürgermeisterin, sich mit keinem Effekt einbringen könne. Man müsse über dieses Thema reden, da es wirklich sehr wichtig sei, aber man müsse es mit Sachverstand tun in den ordentlichen und richtigen Gremien und man müsse es tun mit der Motivation zu versuchen die Einheit in der Gesellschaft zu erhalten, sie zu schützen und Sozialleistungen dort, wo sie nötig sind, auch wirklich denen zugutekommen zulassen. Anmaßend finde ihre Fraktion den Antrag auch deshalb, weil man hier Ausländer diskreditieren möchte oder weil man insgesamt versuchen will die Flüchtlinge in einen Misskredit oder in einen Generalverdacht zu bringen.

Frau Stadträtin Furtenbacher (Fraktion Bündnis 90/Die Grünen) findet den Antrag auch inhaltlich schlecht, da Experten die Methode anzweifeln, weil sie eine unzureichende Zuverlässigkeit biete. Zum anderen sei es nicht gesundheitlich unbedenklich. Sie meint, dass die Bemühungen bei dem Thema besser daran gesetzt werden sollten psychosoziale Methoden zur Alterseinschätzung zu entwickeln und dabei könne dann eben nicht nur das Alter eingeschätzt werden, sondern auch der Bedarf an individueller Hilfe für die betreffenden Personen.

Beschluss BA-006/2018

Die Oberbürgermeisterin wird beauftragt, sich beim Freistaat Sachsen dafür einzusetzen, dass bei der Erstregistrierung von unbegleiteten minderjährigen Asylbewerbern (umA) spätestens ab dem II. Quartal 2018 generell Handknochenmessungen durchgeführt werden, um deren Alter exakt bestimmen zu können.

**Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt
(5 Ja-Stimmen, 41 Nein-Stimmen)**

10.6 Wirtschaftsoffensive 21+
Vorlage: BA-007/2018 Einreicher: Ratsfraktion PRO CHEMNITZ

Zum Beschlussantrag wurde eine Stellungnahme der Verwaltung ausgereicht.

Herr Stadtrat Kohlmann (Ratsfraktion PRO CHEMNITZ) meint, dass Chemnitz nicht attraktiver werde, indem man für manche Leute den Nahverkehr billiger macht. Sie werde allerdings attraktiver, wenn die Steuern sinken. Die Stadt habe Einfluss auf die Gewerbesteuer und hier sollte ein Signal gesetzt werden, dass man für günstigere Steuersätze stehe.

Beschluss BA-007/2018

Die Gewerbesteuerhebesätze werden in Chemnitz in zwei Schritten gesenkt:

1. im Jahr 2021 auf 430 v.H.
2. im Jahr 2022 auf 410 v.H.

**Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt
(4 Ja-Stimmen, 40 Nein-Stimmen,
1 Stimmenthaltung)**

- 10.7 Soziale Einrichtungen für Wohnungslose
Vorlage: BA-010/2018 Einreicher: SPD, DIE LINKE, CDU/FDP,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,
VOSI/PIRATEN
-

Zum Beschlussantrag wurde eine Stellungnahme der Verwaltung ausgereicht.

Frau Stadträtin Pritscha (Fraktion DIE LINKE) führt aus, dass manche Menschen kein Zuhause haben und doch sei es auch für sie wichtig eine Anlaufstelle zu haben. In Chemnitz gibt es einige Angebote für Wohnungslose, wie z. B. die Haltestelle an der Annenstraße oder das Wohnprojekt der Selbsthilfe 91 mit angeschlossenen Nachtquartier. Leider habe aber die Haltestelle samstags geschlossen und freitags und sonntags nur bis zum frühen Nachmittag geöffnet, während das Nachtquartier erst 18:00 Uhr öffnet und morgens um 08:00 Uhr wieder schließt. Ziel des Antrags sei es, Wohnungslose in Chemnitz bestmöglich zu betreuen. Dies sei nicht einfach und Niemand könne gezwungen werden, Hilfe anzunehmen. Dennoch solle sichergestellt werden, dass sie bei Bedarf jederzeit geleistet werden kann.

Beschluss BA-010/2018

Die Stadtverwaltung Chemnitz wird beauftragt, mit den Trägern der Unterkünfte und tagesstrukturierenden Angebote für Wohnungslose den Bedarf für eine vollständige Betreuung zu ermitteln.

Aus dem Ergebnis der Gespräche ist die Kostenstruktur abzuleiten und ab dem nächstmöglichen Zeitpunkt die dafür notwendigen Mittel zur Verfügung zu stellen.

**Abstimmungsergebnis: einstimmig bestätigt
(44 Ja-Stimmen)**

11 Anfragen der Stadträtinnen und Stadträte

Herr Stadtrat Faßmann (Fraktionsgemeinschaft VOSI/Piraten) fragt zu den Arbeiten, welche derzeit an den Haltestellen durch den VMS durchgeführt werden, inwieweit die Stadt hier Einfluss darauf hat, was direkt in der Stadt gestaltet wird.

Frau Stadträtin Knorr (SPD-Fraktion) fragt im Zusammenhang mit seit Monaten andauernden schwierigen Verkehrssituationen durch LKW auf dem Dammweg, inwieweit es Überlegungen gibt wie der Zustand geändert werden könnte und ob ggf. kurzfristig die Möglichkeit besteht durch die betreffenden Firmen Einweisungen der LKW vorzunehmen.

Herr Stadtrat Brückom (SPD-Fraktion) möchte wissen, inwieweit es an Chemnitzer Schulen in Trägerschaft der Stadt möglich ist, das kostenlose Programm Microsoft 365 zu nutzen bzw. warum es nicht möglich wäre und welche Voraussetzungen geschaffen werden müssten.

Frau Stadträtin Pester (Fraktion DIE LINKE) und Frau Stadträtin Saborowski (Fraktionsgemeinschaft CDU/FDP) geben schriftliche Anfragen ab.

12 Bestimmung von zwei Stadtratsmitgliedern zur Unterzeichnung der Niederschrift der Sitzung des Stadtrates - öffentlich -

Zur Unterzeichnung der Niederschrift werden Frau Stadträtin Müller (Fraktion DIE LINKE) und Herr Stadtrat Sänger (Fraktion AfD) bestätigt.

13.02.2018 *Barbara Ludwig*
Datum Barbara Ludwig
Vorsitzende
des Stadtrates

13.02.2018 *Müller*
Datum Müller
Mitglied
des Stadtrates

19.02.2018 *Sänger*
Datum Sänger
Mitglied
des Stadtrates

08.02.2018 *Seidel*
Datum Seidel
Schriftführerin